

Initiativantrag

AntragstellerInnen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

- 5 Die KDV der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf möge beschließen:
Zur Weiterleitung an den Landesvorstand der SPD Berlin
Zur Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion
Zur Weiterleitung an den Parteivorstand der SPD

10

Für eine solidarische Gesundheitsreform!

15

Die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf setzt sich für eine solidarische Gesundheitsreform ein. Die im Rahmen der großen Koalition im Bund getroffenen Vereinbarungen widersprechen in weiten Teilen unseren Vorstellungen einer solidarischen, integrativen und Risikoselektion verhindernden Gesundheitspolitik.

20

Positiv bewerten wir:

- den Erhalt des gesetzlichen Leistungskataloges,
- die Erhöhung der Wirtschaftlichkeit im Arzneimittelmarkt durch verstärkte
25 Kosten-Nutzen-Analysen und die Möglichkeit der Ausschreibung bei
Hilfsmitteln,
- den Ausbau der Gesundheitsprävention,
- die weitere Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung,
- die leistungsgerechte Honorierung für Ärzte, die das intransparente
30 Punktesystem ablösen soll.

Allerdings trifft die vorgesehene Finanzierungs- und Organisationsreform der gesetzlichen Krankenversicherung, in deren Mittelpunkt der so genannte
35 Gesundheitsfonds steht, nicht unsere Zustimmung. Der Fonds hätte dann sinnvoll
sein können, wenn mit ihm die Zahl der in die GKV einzahlenden Personen
vergrößert und andere Einkunftsarten einbezogen worden wären. Auch die private
Krankenversicherung hätte einen Beitrag zur solidarischen Finanzierung der
Krankenversicherung leisten können und müssen. Keiner dieser Punkte ist erreicht
worden. Es steht nicht mehr Geld als heute für die GKV zur Verfügung. Ihre
40 Finanzbasis ist nicht auf verlässlichere und breitere Füße gestellt worden.

Mit der Einführung einer Zusatzprämie ist der Weg in ein unsolidarisches
Kopfpauschalen-System geebnet. Die Zusatzprämie soll ab einem Betrag von 8 €
an eine Härtegrenze von einem Prozent des jeweiligen beitragspflichtigen
45 Einkommens gebunden sein. Dies belastet in einem unverhältnismäßigen Ausmaß

Geringverdiener und Arbeitslose, da ab einem Einkommen von unter 800 € im Monat mehr als ein Prozent des Einkommens für die kleine Kopfpauschale fällig würde.

50 Der Zusatzbeitrag drängt den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen weg von einem Wettbewerb um die bessere Qualität hin zu einem Wettbewerb um einkommensstarke Mitglieder bzw. zwingt die Kassen zu einer Verschlechterung ihrer Leistungen. Eine Krankenkasse mit vielen gering verdienenden Mitgliedern kann ihren Haushalt durch den Zusatzbeitrag nicht sanieren. Da die Zusatzbeiträge
55 nicht in den Finanzausgleich der Kassen einbezogen sind, ist für die Krankenkassen entscheidend, ob sie in Zukunft die Zahl ihrer einkommensstarken Mitglieder erhöhen kann. Damit wird aber eine Orientierung entscheidend verstärkt, die nicht die Qualität der Versorgung, sondern die Bonität der Mitglieder ins Zentrum rückt. Dies kann nicht unser Weg sein.

60 Um einen Wettbewerb allein um die guten Risiken zu verhindern muss gewährleistet sein, dass der morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich (RSA) voll funktioniert. Dies ist bei einem Ausgleich von lediglich 50-80 Krankheiten im Rahmen des RSA sowie einem den finanziellen Ausgleich zwischen den Kassen begrenzenden Schwellenwert nicht erfüllt.

65

Die SPD Charlottenburg- Wilmersdorf fordert daher:

- Auf den Zusatzbeitrag bzw. den Einstieg in ein Kopfpauschalensystem muss verzichtet werden.
- 70 - Der geplante morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich zwischen den Kassen muss deutlich verbessert werden. Auf den Schwellenwert, der den finanziellen Ausgleich zwischen den Kassen begrenzt, muss verzichtet werden.
- Der Gesundheitsfonds muss den Beitragssatz der Krankenkassen zum
75 Zeitpunkt der Einführung zu mindestens hundert Prozent abdecken.
- Der Gesundheitsfonds darf nur realisiert werden, wenn die PKVen solidarisch in die Finanzierung des Fonds einbezogen werden.
- Der PKV-Basistarif muss allen vormals privat Versicherten offen stehen und darf nicht staatlich subventioniert werden.

80

Sind diese Forderungen nicht erfüllt, lehnt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf die Einführung des Gesundheitsfonds ab und fordert eine kleine Lösung, in der die vereinbarten Qualitätsreformen umgesetzt werden.